

das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ wurde 1949 im Grundgesetz fest verankert. Die neu gegründete Bundesrepublik erhielt damit die rechtlichen Instrumente, um eine Abschaffung der Demokratie von innen heraus zu verhindern und sich gegen ihre Feinde zu verteidigen. Als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik und aus dem Gedanken heraus, dass nur der Schutz unserer Demokratie garantiert, dass nie wieder Nationalsozialismus und Rechtsextremismus erstarken oder sogar die Macht übernehmen können. Ich habe immer so empfunden, dass das unermessliche Leid, das der deutsche Nationalsozialismus verursacht hat, jede und jeden Einzelnen von uns und den Staat in die Pflicht nimmt, sich aktiv und mit größter Entschiedenheit für ein „Nie wieder!“ einzusetzen. Und jetzt?

Jetzt erstarkt die rechtsextreme AFD mehr und mehr und hat es geschafft, in Sachsen-Anhalt 43,8 % der Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Die erste Landesregierung mit AFD-Beteiligung steht unmittelbar bevor. Das Zentrum für politische Schönheit hat über 4000 Beweise für die Verfassungsfeindlichkeit der AFD gesammelt. Die Äußerungen der Politikerinnen und Politiker dieser Partei greifen die Würde zahlreicher Menschen im höchsten Maße an, das erklärte Ziel der „Remigration“ Tausender von Menschen ist indiskutabel, menschenverachtend und gefährlich.

Es wird allerhöchste Zeit, dass sich der demokratische Staat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, wehrt.

Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert „wehrhafte“ Demokratie folgendermaßen:

„Spricht man von "wehrhafter" Demokratie oder "streitbarer" Demokratie, so meint man damit, dass sich der demokratische Staat gegen seine Feinde wehren darf und kann. Die Feinde der Demokratie sollen niemals die Möglichkeit bekommen, die Demokratie abzuschaffen.“

(Quelle: Gerd Schneider/ Christiane Toykaseid: Das junge Politik-Lexikon von www.Hanisauland.de, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2026)

Gegen seine Feinde kann und darf sich der demokratische Staat nicht nur wehren, sondern er **muss**, wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ernsthaft in Gefahr sind; und das sind sie spätestens jetzt.

Deshalb rufe ich Sie zu Folgendem auf: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Partei, die unsere Demokratie von innen her bedroht und immer mächtiger wird, nämlich die AFD, vom Bundesverfassungsgericht überprüft wird. Und zwar so schnell wie möglich, bevor es zu spät ist.

Mit freundlichen Grüßen